

Merkblatt zur Erhebung von Elternbeiträgen in Offenen Ganztagschulen

Sehr geehrte Eltern,

Ihr Kind besucht eine Offene Ganztagschule in Detmold oder wird sie in Kürze besuchen. Sie haben sich an den Kosten der Betreuung zu beteiligen. Der Beitrag orientiert sich an Ihrem Brutto-Einkommen des laufenden Kalenderjahrs bzw. vorläufig am Einkommen des Vorjahrs. Bitte füllen Sie die beiliegende **Erklärung zum Elterneinkommen** vollständig aus und senden Sie diese mit den entsprechenden **Einkommensnachweisen** schnellstmöglich an das Jugendamt der Stadt Detmold.

Folgende Erläuterungen sollen Ihnen das Ausfüllen der Erklärung zum Elterneinkommen erleichtern:

Wessen Einkünfte sind zu berücksichtigen?

- Lebt das Kind bei den Eltern bzw. mit beiden Elternteilen zusammen, sind die gesamten Einkünfte beider Elternteile und die des Kindes maßgebend.
- Lebt das Kind nur bei einem Elternteil, sind auch nur dessen Einkünfte und die des Kindes maßgebend.
- Lebt das Kind bei Pflegeeltern, treten diese an die Stelle der Eltern, wenn ihnen für das Kind der steuerliche Freibetrag gewährt oder das Kindergeld gezahlt wird. Bei Vollzeitpflege entfällt die Zahlung eines Elternbeitrages.

Welche Einkünfte sind zu berücksichtigen?

Maßgebend sind die Einkünfte des gesamten Kalenderjahres. Ist eine Ermittlung des Einkommens im lfd. Kalenderjahr nicht möglich, ist zunächst auf die Einkünfte des Vorjahrs zurückzugreifen. Dazu gehören:

- **positive Einkünfte** aus Gewerbebetrieb, aus selbstständiger Arbeit, aus nichtselbstständiger Arbeit, aus Vermietung und Verpachtung, aus Kapitalvermögen, aus Land- und Forstwirtschaft sowie sonstige Einkünfte. Es ist unerheblich, ob die Einkünfte steuer- oder sozialversicherungspflichtig sind oder nicht.
- **Beamte, Richter oder ähnlich sozialversicherungsfreie Beschäftigte**, die eine beitragsfreie Altersversorgung erhalten werden, erzielen im Vergleich zu Arbeitnehmern in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis bei gleichem Nettoeinkommen ein geringeres Bruttoeinkommen. Aus diesem Grund ist der Altersversorgungsanteil zum Einkommen hinzuzurechnen. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung hat der Gesetzgeber die Hinzurechnung eines pauschalen Betrages in Höhe von 10 % der Einkünfte aus diesem Beschäftigungsverhältnis vorgesehen.
- **Unterhaltsleistungen von Privatpersonen** werden ebenfalls berücksichtigt, unabhängig davon, ob diese zur Leistung verpflichtet sind oder freiwillig leisten.
- **Auch öffentliche Leistungen**, die zur Deckung des Lebensunterhalts bestimmt sind, werden berücksichtigt. Hierzu gehören z.B. Arbeitslosengeld I, Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Gründungszuschuss, Unterhaltsvorschuss, Krankengeld, Ausbildungsförderung, Wohngeld, Insolvenzgeld, Leistungen für Asylbewerber.

Welche Beträge sind von den Einkünften abzuziehen?

Es werden **grundsätzlich die Bruttoeinkünfte des gesamten Kalenderjahres** zugrunde gelegt, **nicht** das zu versteuernde Einkommen.

- Hiervon sind die dazugehörigen **Werbungskosten** abzuziehen. Ist die Höhe der Werbungskosten noch nicht durch das Finanzamt festgestellt, so können nur die nach dem Einkommensteuerrecht geltenden Pauschalen zugrunde gelegt werden.
- Die **Kinderfreibeträge ab dem dritten und für jedes weitere Kind** werden abgezogen. Die Zahl der Ihnen gewährten Kinderfreibeträge können Sie Ihrem Einkommensteuerbescheid oder Ihrer letzten Lohnsteuerbescheinigung entnehmen.
- Aufgrund Satzungsänderung vom 28.11.2013 werden die als Sonderausgaben vom Finanzamt steuerlich anerkannten **Kinderbetreuungskosten** abgezogen, nur aufgrund Einkommensteuerbescheides, auch rückwirkend für Beitragszeiträume ab 01.08.2012.

Welche Einkünfte sind nicht zu berücksichtigen?

- Das **Kindergeld** nach dem Bundeskindergeldgesetz wird nicht angerechnet. Das **Elterngeld** ist nur in Höhe des Sockelbetrags von 300 bzw. 150 Euro anrechnungsfrei, der darüber hinausgehende Betrag gehört zum Einkommen.
- **Sogenannte Negativeinkünfte**, d.h. Verluste bzw. Werbungskostenüberschüsse, **können nicht berücksichtigt werden**. Es ist grundsätzlich ausgeschlossen, finanzielle Verluste aus einer Einkommensart, auch wenn diese dem Ehegatten zuzuordnen ist, von den übrigen Einkünften abzuziehen.

Was ist zu tun bei dauerhafter Veränderung Ihrer Einkünfte gegenüber der erfolgten Festsetzung?

- Eine vorzeitige Anpassung des Elternbeitrages im Kalenderjahr gegenüber der vorangegangenen Festsetzung erfolgt bei einer Einkommenserhöhung oder –verringerung um mehr als 10 %. In den Folgejahren der Beitragsfestsetzung erfolgt jeweils eine rückwirkende Neufestsetzung des Elternbeitrages gemäß dem tatsächlichen Einkommen der jeweiligen Kalendervorjahre.
- Die laufenden Einkünfte sind ab dem Monat der Einkommensänderung unter Berücksichtigung von Einmalzahlungen wie, z.B. Urlaubs- und Weihnachtsgeld auf 12 Monate hochzurechnen, in die Erklärung zum Elterneinkommen einzutragen und z.B. durch Vorlage einer Lohnabrechnung nachzuweisen.
- Denkbare Einkommensänderungen treten z.B. ein durch: Arbeitsaufnahme eines Elternteils oder beider Elternteile, Arbeitsplatzwechsel, außertarifliche Einkommensanhebung mit möglichem Wechsel der Einkommensgruppe, Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzverlust, Sozialhilfebezug, Trennung der beitragspflichtigen Eltern, Geburt des 3. oder eines weiteren Kindes, Wegfall von Unterhalt oder Ähnliches.
- Änderungen der Einkommensverhältnisse, die zu einer **Änderung des Elternbeitrages** führen können, sind gemäß Satzung unverzüglich mitzuteilen.

Welche Nachweise sind als Beleg für die gemachten Angaben geeignet?

- Einen umfassenden Nachweis bietet Ihr **Einkommensteuerbescheid** für das Vorjahr, sofern sich Ihr Einkommen im laufenden Kalenderjahr nicht ausschlaggebend verändert hat. Sollte Ihnen dieser Bescheid noch nicht vorliegen, so reichen Sie bitte eine Vorabbescheinigung Ihres Steuerberaters, eine Kopie Ihrer Lohnsteuerbescheinigung/en oder Ihrer Lohnabrechnung/en von Dezember des Vorjahres ein. Für den Fall, dass Sie pauschal versteuerte Einkünfte erhalten haben, legen Sie bitte die Lohnabrechnungen Ihres Arbeitgebers bei.
- **Steuerfreie Einkünfte**, wie z.B. Zeitzuschläge für Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit: Lohnabrechnung für den Monat Dezember des Vorjahres oder Bescheinigung Ihres Arbeitgebers
- **Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung** im Vorjahr: Nachweis über den vereinbarten Miet- bzw. Pachtzins, sofern sich diese Einkünfte nicht aus Ihrem Einkommensteuerbescheid ergeben
- **Einnahmen aus Kapitalvermögen** (höher als dazugehörige Werbungskosten und Sparerfreibetrag): Bescheinigung Ihres Kreditinstitutes oder Einkommensteuerbescheid

Wenn Sie im Vorjahr bzw. lfd. Jahr

- **arbeitslos** waren, dienen die Bescheide über die Höhe der bewilligten Leistungen als Nachweis.
- **arbeitsunfähig** waren und Krankengeld bezogen haben, so dient der Bewilligungsbescheid Ihrer Krankenversicherung als Nachweis.
- Anspruch auf **Mutterschaftsgeld** hatten, dient hierfür der Bewilligungsbescheid Ihrer Krankenversicherung als Nachweis.
- **Wohngeld, Ausbildungsförderung, Sozialhilfe, Elterngeld oder sonstige öffentliche Leistungen** erhalten haben, dient der Bewilligungsbescheid der jeweiligen Behörde als Nachweis.
- **Rente/n** bezogen haben, fügen Sie bitte den/die Rentenbescheid/e bzw. die Mitteilung/en über die im Vorjahr erfolgte Rentenanpassung als Nachweis bei. Das gilt auch für Einkünfte aus einer **betrieblichen oder privaten** Zusatzversicherung.
- **Unterhalt** bezogen haben, eignet sich das Unterhaltsurteil in Verbindung mit den aktuellen Überweisungsauszügen als Nachweis. Ist die Höhe der Unterhaltszahlungen nicht oder noch nicht gerichtlich geregelt, weisen Sie diese Zahlungen bitte durch Vorlage der Kontoauszüge nach.
- Einkünfte erzielt haben, die hier nicht genannt sind, weisen Sie diese bitte in geeigneter Form nach.
- **Einkünfte über 100.000 Euro** erzielt haben, erübrigt sich für Sie die Vorlage entsprechender Nachweise. Von Ihnen ist lediglich die entsprechende Einkommensgruppe in der Erklärung zum Elterneinkommen (Selbsteinschätzung) anzukreuzen.

Für welchen Zeitraum ist der Elternbeitrag zu entrichten?

- Die Beitragspflicht besteht **grundsätzlich** für das gesamte Schuljahr bzw. richtet sich nach dem jeweiligen Aufnahme- / Betreuungsvertrag. Wird Ihr Kind im laufenden Schuljahr in einer Einrichtung aufgenommen, so beginnt die Beitragspflicht mit dem 01. des Monats, in den das vertragliche Aufnahmedatum fällt.
- Auch für die von den Eltern oder der Einrichtung gewählten Ferienzeiten ist der Elternbeitrag in voller Höhe zu entrichten.
- Wird der Aufnahme- / Betreuungsvertrag wirksam (form- und fristgerecht) und nicht rechtsmissbräuchlich gekündigt und wird die Betreuungsleistung tatsächlich nicht mehr in Anspruch genommen, so entfällt die Elternbeitragspflicht mit dem Ende des Monats, zu dem die Kündigung wirksam wird. Die Kündigungsfrist ist dem Aufnahme- / Betreuungsvertrag zu entnehmen.

Wie hoch ist der monatlich zu zahlende Elternbeitrag?

- Ergibt die Einkommensermittlung ein zu berücksichtigendes Jahresbruttoeinkommen unter 25.000 Euro, ist **kein Elternbeitrag** zu entrichten.
- Sofern und solange den Eltern oder dem Kind Geldleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gewährt werden, wird **kein Elternbeitrag** erhoben.
- Werden gleichzeitig zwei oder mehr Ihrer Kinder in einer Kindertageseinrichtung, in Tagespflege oder einer OGS im Zuständigkeitsbereich der Stadt Detmold betreut, ist nur ein Beitrag zu zahlen. Falls die Kinder unterschiedlich teure Plätze haben, **ist der höhere Beitrag** zu bezahlen.
- Besucht ein Kind eine Tageseinrichtung im letzten Jahr vor der Einschulung, so ist gem. § 23 Abs. 3 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) **kein Elternbeitrag** zu zahlen. Für Geschwisterkinder, die gleichzeitig eine (andere) Einrichtung besuchen, ist satzungsgemäß **kein Elternbeitrag** zu erheben.
- Eine Ermittlung des Jahreseinkommens entfällt, wenn die Beitragspflichtigen ein Jahresbruttoeinkommen von über 100.000 Euro angegeben haben. In diesem Fall ist der **Höchstbetrag** lt. Tabelle zu zahlen.

Lineare Einkommensberechnung

Die Höhe des monatlichen Elternbeitrages wird berechnet, indem zunächst das ermittelte Jahreseinkommen mit einem festen Prozentsatz multipliziert wird. Der so errechnete Wert wird durch 12 Monate dividiert. Von dem sich daraus ergebenden Betrag wird ein nach Kindesalter und Betreuungszeit gestaffelter Abzugsbetrag subtrahiert. Das auf volle Euro gerundete Ergebnis ergibt den individuellen monatlichen Elternbeitrag.

Die nachstehende Tabelle enthält die Beträge für das Schuljahr 2016/2017. Für die folgenden Jahre ist eine **jährliche Steigerung des Elternbeitrags von 1,5 %** vorgesehen.

Elternbeiträge für OGS	
Mindestbetrag	27 €
Höchstbetrag	170 €
Prozentsatz	2,53 %
Abzugsbetrag	25,38 €

Einen Elternbeitragsrechner finden Sie auf www.detmold.de (Jugend und Familie, Kinderbetreuung).

Wann ist der Elternbeitrag fällig?

Der Elternbeitrag ist mit Beginn der Beitragspflicht spätestens bis zum 1. Werktag eines Monats an die Stadtkasse Detmold zu zahlen. Zahlungen sind grundsätzlich durch Überweisung, Dauerauftrag oder Abbuchung vom Konto zu leisten.

Ein Vordruck für ein **SEPA-Lastschriftmandat** ist der Erklärung zum Elterneinkommen beigelegt. Füllen Sie diesen Vordruck bitte aus, wenn Sie den Elternbeitrag abbuchen lassen wollen (empfohlen!).

Geben Sie bei allen Zahlungen immer das in dem Beitragsbescheid angegebene Akten- oder Kassenzeichen an, da die Stadtkasse Ihre Zahlungen sonst nicht zuordnen kann.

Rechtsgrundlage:

Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Offene Ganztagschule im Primarbereich der Stadt Detmold vom 08.12.2011 (zuletzt geändert durch 3. Änderungssatzung vom 17.12.2015)

(Merkblatt Stand 01/2016)